

In Prag [Fortsetzung und Schluss]

Autor(en): **Bovet, E.**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Wissen und Leben**

Band (Jahr): **24 (1921-1922)**

PDF erstellt am: **22.04.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-763978>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

IN PRAG

(6. KONGRESS DER VEREINIGUNGEN FÜR DEN VÖLKERBUND)

(Fortsetzung und Schluss)

Im ersten Artikel habe ich dargetan, dass die Frage des Minderheitenschutzes (Rassen-, Religions- und Sprachminderheiten) am Kongress der Vereinigungen für den Völkerbund in Prag einen Sturm entfachte. — Dickinsons Resolutionen, über die man abstimmte, brachten nichts neues; sie bestätigten ganz einfach vor der Öffentlichkeit die Prinzipien einer Minimaltoleranz, die schon in zehn „Minderheitsverträgen“ enthalten sind, in Verträgen, die wenig bekannt und nicht immer ganz eingehalten wurden. Diese Resolutionen wurden mit 55 gegen 40 Stimmen angenommen — bei 15 Enthaltungen, wovon 10 Stimmen (England und Italien) prinzipiell sicherlich dafür waren, die 5 andern jedoch (Russland) dagegen, so dass diese beiden Zahlen den Willen der Versammlung ausdrücken: 65 gegen 45.

Die Frage ist so wichtig, an ihr wird die Kollision zweier Politiken und zweier Denkart klar, deshalb lohnt es sich, sie ein wenig vorzunehmen und einige Punkte festzuhalten, von denen späterhin kein Protokoll spricht.

Die jugoslawische, tschechische, polnische und rumänische Delegation — sie alle verließen also den Saal, nachdem sie gegen die Mehrheit protestiert hatten; anderntags machten die Russen gemeinschaftliche Sache mit ihnen. Wozu das alles, da in der Spezialkommission die Vertreter der gleichen Länder die Resolutionen Dickinsons angenommen hatten?

Eine andere Frage: warum hat auch die französische Delegation nein gestimmt? Alle ihre Mitglieder (vielleicht mit Ausnahme des im übrigen unbestreitbar tüchtigen Juristen Lapradelle) sind doch vom Geiste der Liga für die Menschenrechte beseelt! Lapradelle schlug sich auf die Seite Jowanowitschs, um Vertagung der Resolutionen vorzuschlagen; dies war sein Recht, gewiss; doch von wem hängt denn die Stimme der französischen *Delegation* ab?

Noch zwei andere Vorfälle seien erwähnt. Der eine besteht darin, dass die Zeitungen an dem auf die Abstimmung folgenden Tag den Wortlaut des Protestes Jowanowitsch veröffentlichten

demgemäß Jowanowitsch sich verwahrt hätte: erstens gegen einen Formfehler, nämlich ein gesetzwidriges Vorgehen des Präsidenten Ruffini, zweitens gegen eine Verletzung der heiligen Souveränitätsrechte. Ich habe ein Dutzend Delegierte befragt und festgestellt, dass, gleich mir, kein einziger den ersten Teil dieses Protestes vernommen hatte. Wozu nachträglich dieses Argument einer Formverletzung erfinden?

Der zweite Vorfall betrifft die Stimmenabgabe der schweizerischen Delegation. Diese hat die Vorschläge von Dickinsons mit *vier* gegen *eine* Stimme angenommen. Wie war es möglich, dass die Schweizer Zeitungen aus Prag die Nachricht erhielten, die Delegation habe gegen die Minderheiten gestimmt? Und wie konnte Senator Brabec behaupten, die schweizerische Delegation erkläre, sie habe sich geirrt und bereue ihr Votum? Unser Chef, Herr Egger, protestierte unverzüglich gegen diese Angaben des Herrn Brabec. In Wahrheit lagen die Dinge so: *wenn* man nach schweizerischem Brauch eine Eventualabstimmung vorgenommen hätte, würden wir vielleicht für die Aufschiebung auf den folgenden Tag gestimmt haben (aber sicherlich nicht für die Vertagung!); da aber die Eventualabstimmung ausgeschlossen war, so stimmten wir mit voller Überzeugung (4 gegen 1) für die glatte Annahme der Resolutionen von Dickinson. Nachgerade bin ich sehr froh, dass nicht eventualiter abgestimmt wurde, denn wir hätten gewiss eine schwere Enttäuschung erlebt: die Diskussion über die Abänderungsvorschläge von Brabec wäre in solcher Art ausgebeutet worden, dass man jedenfalls zu einer Vertagung auf das nächste Jahr gelangt wäre!

Alle diese Tatbestände, deren *genaue* Kenntnis von Bedeutung ist, beweisen, dass zwei Politiken und zwei Denkart in Konflikt geraten sind.

Zwei Politiken, einerseits diejenige der kleinen Entente, durch die sich das Votum der Franzosen und die höfliche Stimmenthaltung der Engländer und Italiener erklärt — anderseits die Politik des Völkerbundes.

Und zwei Denkart: die der Gewalt, der Staatsraison, der diplomatischen Intriguen und die des Rechtes, der Humanität, der Freiheit. Mit andern Worten: Vergangenheit und Zukunft. Die gewalttätige, blutige Vergangenheit, die nicht plötzlich verschwinden *kann* und nicht abdanken *will*; die Zukunft, die seit langem von

einer Elite erträumt und vorbereitet wurde und heute von den Völkern gewollt ist, die aber die Wege zu ihrer Verwirklichung noch suchen muss.

Anlässlich der Aufnahme einer türkischen Vereinigung hatte ich bereits Gelegenheit, die Einmischung der vorkriegszeitlichen Politik aufzuweisen; in der Abstimmung über die Minderheiten kann man die Kriegspolitik wieder finden: Kleine Entente und Alliierte stehen den Zentralmächten gegenüber. Gewiss, nur bietet hier die Wirklichkeit ein weit vielseitigeres Bild: Die Haltung der zur kleinen Entente gehörenden Staaten erklärt sich fürs erste durch deren Wachstumskrise, sodann durch die Tatsache, dass diese Staaten mit Minderheiten rechnen müssen, die wirklich schwierig zu behandeln und manchmal in unerlaubtem Maße widerspenstig sind, und schließlich durch den Umstand, dass die politische Erziehung in diesen Staaten notwendigerweise noch sehr jung ist. Was das ablehnende Votum Frankreichs betrifft, habe ich bereits gesagt, dass es meines Erachtens nicht der Überzeugung der Mehrheit dieser Delegation entspricht; die Stimmenthaltung der Engländer und Italiener aber hat diese selber nicht gehindert, das Ergebnis der Abstimmung enthusiastisch zu begrüßen. — Anderseits finde ich neben den ehemaligen Zentralmächten sowohl Belgien (ich möchte späterhin noch meiner Bewunderung für La Fontaine Ausdruck geben) als auch die Neutralen: Holland, Schweden und die Schweiz. Es ist ein widerliches Unterfangen, das Votum der Versammlung als einen „deutschen Sieg“ hinstellen zu wollen; gewiss hat Bernstorff gut gesprochen, aber La Fontaine und Picot sind noch energischer aufgetreten, und wir haben unsere Stimmen nicht für Deutschland, wohl aber für die Gerechtigkeit abgegeben. Man wird uns doch nicht weismachen wollen, Deutschland werde nie mehr recht haben?!

Am Schluss der letzten Plenarversammlung, als Senator Brabec im Namen der Dissidenten sprach, stellte er für eine Aussöhnung zwei Bedingungen auf: 1. dass dem Sekretariat in Genf ein Gegenbericht der Minderheit zugestellt werde; 2. dass die Abstimmung vom vorhergehenden Tag formalen Mangels wegen annulliert werde.

Die erste Bedingung wurde begreiflicherweise ohne jede Schwierigkeit angenommen. Die zweite wurde *einstimmig* (also auch von den französischen, italienischen und englischen Delegierten) ver-

worfen, wobei sich für die Versammlung der Anlaß bot zu einer glänzenden und wohlverdienten Kundgebung zu Ehren des Präsidenten Ruffini, der die vollständige Korrektheit seines Vorgehens mühelos beweisen konnte.

* * *

In der Sitzung am Mittwoch, 7. Juni, erstattete der französische Delegierte Bouglé Bericht über die *Rassenfrage* mit einer Beredsamkeit, die durch solide Wissenschaftlichkeit, Einfachheit und Überzeugungstreue fesselte. Die Chinesen und Japaner hatten Spezialberichte vorgelegt, während ein Bericht Ruysen sich insbesondere mit der Lage der Schwarzen in den Vereinigten Staaten befasste. Die Versammlung nahm folgende Resolutionen an:

1. Die Auffassung einer absoluten, unabänderlichen Ungleichheit der Rassen entbehrt jeder wissenschaftlichen Grundlage.
2. Die Prinzipien, die der Völkerbund zu schützen berufen ist, sind die Achtung vor den Rechten des Individuums, welcher Rasse dieses auch angehöre, und die Gegenseitigkeit der Rechte und Pflichten bei den Staaten jeglicher Rasse.
3. Es ist unzulässig, dass das Bestreben der industriellen Mächte, die von den Eingeborenen besetzten Gebiete auszubeuten, zu Gewaltmaßregeln gegenüber den Eingeborenen und zur Dezimierung der Einwohnerschaft führe.
4. Jeder Staat muss den Leuten, die er zu beständigem Aufenthalt auf seinem Gebiete aufnimmt, Gelegenheit geben, unterschiedslos der geistigen und sozialen Entwicklung teilhaftig zu werden, für die sie empfänglich sind. Die Erziehung durch die Volksschule scheint das beste Mittel zu sein um diese Gleichheit sicherzustellen.
5. Jeder Staat kann kraft seiner Souveränität der Einwanderung Schranken setzen, jedoch verlangt die Gerechtigkeit eine gleichmäßige Behandlung aller Rassen und ein wechselseitig gleiches Vorgehen der einzelnen Staaten.
6. Jeder Eingewanderte soll, nachdem er in ein Gebiet aufgenommen worden ist, die gleichen Rechte genießen, wie jeder andere Eingewanderte.
7. Die Konferenz verlangt vom Völkerbund, dass er seiner administrativen Abteilung, die bereits mit dem Schutze der Minoritäten betraut ist, das Studium des Problems der Rassenungleichheit überbinde, ein Problem, das mit demjenigen der Minoritäten eng verwandt ist, und dass er über diese Frage einen Bericht erstatten lasse, mit dem sich die 4. Generalversammlung des Völkerbundes zu befassen hat.

* * *

Die von den fünf Kommissionen (für innere Angelegenheiten, Propaganda, juristische Fragen, Rüstungs- und politische Probleme) geleistete Arbeit war beträchtlich; sie führte zu einer Masse von

Resolutionen, über welche die Versammlung in einer einzigen Sitzung abstimmen musste, da man die Zeit mit Parlamentieren über die Minderheiten verloren hatte, nämlich mit den meinungsverschiedenen Vereinigungen. Doch war es unrecht, zu behaupten, der Kongress habe seine Arbeit unterbrechen müssen; nein: er hat sein Programm ausgeführt, nur dass der letzte Teil mit ärgerlicher Hast liquidiert wurde.

Nachfolgend teils resümiert, teils vollständig einige der angenommenen Resolutionen:¹⁾

3. *Kommission (juristische Fragen):*

In Erwägung, dass die Mehrzahl der Verfassungen dem Staatsoberhaupt das Recht gibt, Militärverträge zu schließen oder selbst Verträge, von denen er sein Parlament bloß zu unterrichten braucht, wenn er es mit der Sicherheit des Staates vereinbar hält, äußert die Konferenz den Wunsch: es möge jeder Vertrag, jede Abmachung zwischen Staatsoberhäuptern in kürzester Frist beim Sekretariat des Völkerbundes eingetragen werden.

2. Die Konferenz äußert den Wunsch, die Zahl der nichtpermanenten Mitglieder des Rates möge erhöht werden.

3. Einladung an die Vereinigungen, bei den Regierungen dahin zu wirken, dass diese das Zusatzprotokoll zum Statut des internationalen Gerichtshofs unterzeichnen, welches die obligatorische Rechtssprechung dieses Hofes betrifft.

4. *Kommission (Rüstungen):*

4. Die Konferenz erkennt die Notwendigkeit, auf unverzügliche Rüstungsbeschränkung zu wirken, denn jede Verzögerung bedeutet eine schwere Gefahr für den Weltfrieden.

Indem die Konferenz bedauert, dass die große Mehrzahl der Staaten auf die statistische Untersuchung der Rüstungen jedes Landes noch nicht geantwortet hat, dringt sie darauf, dass diese Untersuchung wieder aufgenommen und so rasch als möglich zu Ende geführt werde.

Sie äußert den Wunsch, dass die nächste Völkerbundsversammlung die Einberufung einer Generalkonferenz beschließen möge, mit Einschluss der Staaten, die nicht im Völkerbund sind, um die Rüstungsbeschränkung zu behandeln.

2. *Kommission (Propaganda)* behandelt Fragen, die weder Juristen noch Politiker zu interessieren vermögen, die aber doch wichtig sind. Die Wünsche und Beschlüsse der anderen Kommissionen wenden sich an die Völkerbundsversammlung; ihre Verwirklichung hängt vom guten Willen derselben ab; die Propaganda

¹⁾ Die 1. Kommission (Innere Angelegenheiten) beschäftigte sich vorwiegend mit der Aufnahme neuer Vereinigungen; ich sprach hierüber bereits in meinem ersten Artikel.

bei den Massen soll nur den Vereinigungen zustehen, also dem festen Willen überzeugter Männer. Daher der Spezialcharakter der Sitzung der zweiten Kommission, die ich zu präsidieren die Ehre hatte: keine juristischen Diskussionen, keine Theorien, keine politischen Einflüsse, aber vor allem Probleme der Erziehung und der Zusammenarbeit; wir alle fühlten den neuen Geist unter uns, der allein den Frieden durch das Recht und in der Freiheit realisieren kann.

5. Die zweite Kommission hat also eine permanente Propaganda-Organisation geschaffen, die den Kontakt zwischen den Vereinigungen aufrecht erhalten wird und die den einen die Erfahrungen der andern zustatten kommen lässt, indem sie regelmäßig Publikationen und Besuche wechseln.

6. Unermüdliche Aktivität in den Arbeiterkreisen.

7. Aus der gleichen Gesinnung verlangt die Konferenz von den nationalen Vereinigungen dringend, dass sie die aktive Mitarbeit von allen politischen, sozialen, pädagogischen, religiösen und philosophischen Gruppen gewinnen, welche die Prinzipien des Völkerbundes anerkennen. Sie weist auf die in diesem Sinn entfaltete Tätigkeit von Frauenvereinen verschiedener Länder... und regt wie noch nie die Intervention der Frauenorganisationen der ganzen Welt an.

8. Einführung des Studiums des Völkerbundes und der von ihm erreichten Ziele in den öffentlichen Unterrichtsprogrammen.

Gesuch an die kompetenten Schulbehörden, in allen Büchern der Geschichte und des staatsbürgerlichen Unterrichts ein Kapitel einzufügen, das die Geschichte, Zweck und Ziele des Völkerbundes behandelt.

Vorbereitung und womöglich Publikation in englischer und französischer Sprache von zwei Schulbüchern, die sich auf internationale Zusammenarbeit und Völkerbund beziehen und für Kinder unter zwölf Jahren bzw. von 12—16 Jahren bestimmt sind.

9. Die Konferenz lädt die nationalen Vereinigungen ein, jedes Jahr den 18. Mai als Friedensfesttag zu feiern, zum Gedächtnis der Eröffnungssitzung der ersten Konferenz im Haag. Die kirchlichen Feiern können am Sonntag vorher oder nachher gehalten werden; natürlich wird sich das Datum dieses religiösen Festes den Landesgebräuchen anpassen.

Es ist auch wichtig, unsere Anstrengungen nicht auf zuviele Gebiete zu verzetteln; deshalb:

10. Der Rat der Vereinigung wird gebeten, die Zahl der Traktanden möglichst zu reduzieren, die von der Konferenz behandelt werden müssen, und sich im besonderen nicht zu verpflichten, die Kommissionen und die Plenarsitzung über alle politischen Fragen verhandeln zu lassen, welche die Völkerbundsversammlung beschäftigen. — Unter den Traktanden soll man vor allem die dringlichsten herausgreifen, jene ebenfalls, die eine der Propaganda günstige Prinzipienfrage aufrühren und somit der Idee des Völkerbundes dienen.

Auf Vorschlag der französischen Abordnung wurde ein schon 1921 geäußelter Wunsch von der 2. Kommission wieder aufgenommen und von der Plenarversammlung einstimmig, *mit Dringlichkeit* wiederholt:

11. Im Interesse des wahren Friedens und der Zusammenarbeit der Völker spricht die Versammlung den Wunsch aus, dass Deutschland baldmöglichst in den Völkerbund aufgenommen werde, gemäß Artikel I des Paktes.

Dieser französische Vorschlag rief keinerlei Einwendung hervor, weder in der Kommission noch in der Versammlung, und veranlasste im Gegenteil den Austausch ergreifender Worte zwischen Aulard, Bernstorff, Dickinson und Garnett.

5. *Kommission (Politische Angelegenheiten und Aktuelles).*

12. Die Wahl der Delegierten zur Völkerbundsversammlung soll auf eine demokratischere Art und Weise erfolgen, nämlich durch die Parlamente oder durch das eine oder andere demokratische Vorgehen, das den Institutionen des betreffenden Staates gemäß ist.

Die juristische Kommission billigt den Geist dieser Resolution und verlangt, dass die Konferenz eine Spezialkommission ernenne, die sich mit der praktischen Durchführung der Resolution befasse; auch ersucht sie die verschiedenen Vereinigungen dringend, dieser Frage in ihren betreffenden Ländern ein näheres Studium zu widmen.

13. Verschiedene Maßnahmen zugunsten der Kriegsinvaliden.

14. Die Konferenz erinnert die Regierungen aller dem Völkerbund angehörenden Staaten mit Nachdruck an die im Pakte enthaltenen Grundsätze betreffend friedliche Beilegung internationaler Konflikte; auch spricht die Konferenz deutlichst den Wunsch aus, dass die außerordentlichen Konferenzen, deren Verhandlungen in das Programm und in die Befugnis des Völkerbundes gehören, auf seine Initiative hin einberufen werden sollen.

Ich gestehe, dass mich der Wortlaut dieser Resolution nicht befriedigt. Der ursprüngliche Text, so wie ihn die schweizerische Vereinigung vorgeschlagen hatte, war um vieles eindeutiger. Die 5. Kommission glaubte ihn abschwächen zu müssen; wahrscheinlich aus Furcht, gewisse Regierungen könnten sich verletzt fühlen. Wenn ich den Verhandlungen der Kommission hätte beiwohnen können, und wenn man in der Plenarversammlung Zeit zur Diskussion gehabt hätte, so wäre, wie ich zu glauben wage, der ursprüngliche Text lückenlos wieder eingesetzt worden. Ich sehe hier eine prinzipielle Frage, die eine nähere Betrachtung wert ist.

Wenn man an die absolute ökonomische und psychologische Notwendigkeit eines dauerhaften Friedens denkt — welches sind denn die Resultate zahlloser Sitzungen und Entschlüsse des obersten Rates, der Botschafterkonferenz, der Konferenzen von Washington, Genua, und zweifellos auch vom Haag? Die Resultate sind negativ. Jede Zusammenkunft zeitigt neue Spaltungen, die durch irgendwelche intime Konversationen wieder geflickt werden müssen; und diese Spaltungen erwecken die Freude der deutschen Chauvinisten, der russischen Bolschewisten. Mehr noch: diese vergeblichen Konferenzen enttäuschen die große Erwartung der Völker, sie ermüden ihren guten Willen.

Wahrlich es scheint, dass diese überlebte Politik, wonach jede Regierung vor allem ihren Sonderinteressen nachjagt, noch auf ein plötzliches Wunder hofft, das durch Intrigue oder Gewalt geschähe. Unmögliches Wunder, das man nicht einmal wünschen sollte, geistiger Irrweg, der zu moralischer Anarchie führt! Die Lage der Welt — Europas im besonderen — ist derart, dass uns nur die geduldige Mühe des allgemeinen Gewissens retten kann, zu einer neuen Auffassung der Rechte und Pflichten zu gelangen, zu einer solchen, wie sie sich im Völkerbund gelten macht. Er allein hat während der zwei Jahre seiner Existenz wohltätige Taten geleistet.

Ein einziges Beispiel genügt: Die Lösung des oberschlesischen Problems!

Durch die fast unausweichliche Konfusion seitens der großen Masse werfen die vergeblichen Konferenzen der alten Politik den Misskredit auf den Völkerbund; und wenn man diesem nach getaner Tat die Sorge anvertraut, gewisse Beschlüsse Anderer zu exekutieren, so scheint es mir, man behandle ihn als Mädchen für Alles oder als Flickschuster, zum mindesten als eine bloße bureaukratische Organisation, während er im Gegenteil eine Richtung gibt, ein durchaus nur ihm eigenes Programm, das er nur im neuen Geiste verwirklichen wird, von dem er seine Daseinsberechtigung hat.

Ich verstehe vollauf, dass die Politiker alter Schule vor dem Völkerbund Angst haben, dass sie ihn einzuschränken, zu lähmen suchen. Gelänge es ihnen, so wäre das der Zusammenbruch; aber es wird ihnen nicht gelingen, wenn die Versammlung die Rechte beansprucht, die ihr der Pakt überbindet, und wenn die Öffentlichkeit die Respektierung dieser Rechte verlangt. — Was wird die

Öffentlichkeit in dem Text ohne Kraft und Saft finden, den man in Prag festsetzte? Wo ein mutiges Jasagen nötig gewesen wäre, begnügte man sich mit dem Eselsgrau eines offiziellen Stiles.

III

SCHLUSS UND SCHLÜSSE

Die Heftigkeit gewisser Diskussionen darf uns nicht zu pessimistischen Schlüssen über den Prager Kongress verleiten. Erstens taugt es mehr, wenn man sich klar ausspricht, als wenn man sich des Scheines wegen in bedeutungslosen Formeln einig erklärt. Zweitens hat ein direkter Kontakt mit Osteuropa die Westler über einige psychologische Tatsachen aufgeklärt, die sie aus Büchern und Zeitungen schlecht kennen lernten.

Man kann ja von slawischer Mentalität reden, ich ziehe vor, die Mentalität von Völkern zu betonen, die unter jahrhundertlanger Bedrückung litten und die erst gestern die Freiheit erlangten. Sie sind noch außer sich und unerfahren; überschäumend von Jugend, schönem Tatendrang und Ehrgeiz; teilweise westlichen Idealen huldigend und dennoch durch das politische System beeinflusst, unter dem sie lange litten. Ihre Minderheiten haben das Recht, geschützt zu werden; aber erfüllen sie selber die Pflichten, die jenem Recht entsprechen? Gegenseitige Intoleranz und Gewalt — das glaubte ich feststellen zu können.

Um spezieller von der Tschechoslowakei zu sprechen: keiner wird an den Sympathien unserer Revue für dies Land zweifeln, da wir doch schon Artikel von Satora, Stavnik und letzthin die Rede von Masaryk brachten. Ich persönlich habe schon lange die Überzeugung (die sich durch die Prager Reise verstärkte), dass von allen neuen Staaten Osteuropas die Tschechoslowakei der solideste, gewissenhafteste, demokratischste ist, auch jener, der die reichste moralische und intellektuelle Tradition hat. Man soll dieses Volk nicht nach einigen Fanatikern wie die Senatoren Brabec und Mareš beurteilen, die übrigens Gegner des Präsidenten Masaryk sind¹⁾. Mehrere junge Tschechen haben mit mir in ganz anderer Weise

¹⁾ Der Kampf, der vor wenigen Tagen im Parlament über die Schulfragen entbrannte, bewies schlagend den Liberalismus der Regierung. Möge er anhalten, ohne sich durch die Chauvinisten der Majorität ... oder Minorität beeinflussen zu lassen!

gesprochen; für sie (sagten sie wenigstens) war der Kongress eine Lektion in politischer Erziehung, die ihren Horizont erweitert hat und sie für die Sache des Völkerbundes gewann. Hier wie überall wird die Jugend die große Schlacht entscheiden.

Selbst in unserer Union bemerkte ich den mehr oder weniger latenten Konflikt zwischen zwei Politiken. Nicht erschrecken und sich nicht betrüben lassen! Dieser Konflikt bringt uns mit der Realität in enge Beziehung, er wird uns helfen, gewisse Prinzipien zu präzisieren. Die wahre Völkervereinigung wird nicht in einem Tage entstehen, auch nicht in zehn Jahren. Es genügt nicht einen Fortschritt zu beschließen, man muss ihn durch eine langsame Erziehung der Seelen verwirklichen.

Wir rücken bestimmt zu einer neuen Etappe der Menschheitsgeschichte vor; solange diese Etappe nicht erreicht ist, wird die alte Politik der Staatsregierungen ihre Daseinsberechtigung innerhalb gewisser Grenzen behalten; sie wird sogar späterhin noch fortbestehen, allerdings in neuen Formen und Funktionen, die abhängig sind von der Völkerbundspolitik, deren höherstehendes, richtunggebendes Prinzip immer mehr zur Geltung gelangt. In einer nächsten Studie werde ich zu beweisen suchen, dass dieses Prinzip in der Logik der menschlichen Entwicklung begründet ist; in ihm müssen unsere Vereinigungen ihren geistigen Halt finden. Sie wurzeln durchaus in der harten Realität der nationalen Vergangenheit; ihre Äste und Zweige aber erstrecken und verschränken sich über die Grenzen hinaus ins Morgenlicht einer bessern Zeit.

* * *

Diese Prager Eindrücke widme ich dem Belgier La Fontaine, der uns allen das Beispiel eines glühenden, hochherzigen Geistes gab, und dem Andenken seiner beiden Landsleute: Waxweiler, der *La Belgique neutre et loyale* geschrieben hat, und Verhaeren, von dem die Verse stammen:

L'humanité a soif d'une équité profonde;
L'angoisse du massacre est criante en son sein,
Elle veut que d'après un plus tendre dessin
On sculpte d'autres traits au visage du monde.

O peuple de héros par la mort transformés,
Vous nous conseillerez ce qu'il nous faudra faire,
Puisqu'au fond de la tombe et de la nuit, sous terre,
Vous êtes la clarté de l'ombre où vous dormez.

ZÜRICH

E. BOVET